

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 182

Freitag, 13. März.

1891

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 Mk. für die Stadt Posen, 5,45 Mk. für ganz Preussisch-Posen. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die schlagzeilige Zeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den übrigen Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei G. A. Schell, Hofmeister, Gr. Gerber- u. Breiterstr. 1, O. Hübner, in Firma J. Hermann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Chrapowski, in Wlodek bei P. Kallias, in Breschen bei J. Jodelohn u. b. d. Inserat-Annahmestellen von G. L. Danke & Co., Saasendeln & Pögl, Rudolf Hof und „Svaldendank“.

Deutscher Reichstag.

87. Sitzung vom 12. März, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die rückständigen Titel des Marineetats betreffend den Bau von zwei neuen Panzerfahrzeugen.

Die Kommission beantragt, diese Titel 15 und 17 des Extraordinariums nimmend zu bewilligen, den Titel 27 (Armierung) dagegen zu streichen, und zugleich für die erfolgte Bewilligung der Titel 15 und 17 durch einen Zusatz zum 4. Nachtragsetat die für den Bau einer Kreuzerfregatte für das Etatsjahr 1890/91 bewilligte Summe in Wegfall kommen zu lassen und als erspart in der Rechnung pro 1890/91 nachzuweisen.

Referent Abg. v. Roschke führt die Gründe aus, welche die Kommission zur Annahme der Bewilligung der Panzerfahrzeuge geführt hätten. Die Kreuzerfregatte, deren erste Rate abgelehnt sei, habe sie als ein genügendes Äquivalent angesehen. Die bindenden Erklärungen der Regierung in der zweiten Lesung hätten sie in Bezug auf die Zukunftspäne der Marine vollkommen beruhigt.

Staatssekretär v. Büttner: Da der Beschluß der Budgetkommission erst gestern gefaßt ist, war es nicht möglich, bis heute einen Meinungsaustrausch der Regierungen darüber herbeizuführen, ob sie geneigt sind, auch ihrerseits zu genehmigen. Deshalb kann ich Namens der verbündeten Regierungen eine Erklärung darüber nicht abgeben. Dagegen kann ich erklären, daß die preussische Regierung diesem Beschlusse zustimmt, und daß sie für die Annahme dieses Beschlusses auch im Bundesrath eintreten wird. Ich zweifle darum für meine Person nicht, daß der Bundesrath ebenfalls diesen Beschluß nicht ablehnen wird.

Die preussische Regierung ist zu ihrem Konklusum wesentlich auch dadurch bestimmt worden, daß die Berichte, welche sie vor einigen Tagen über den Fortgang des Nord-Ostsee-Kanals eingebracht hat, darüber gar keinen Zweifel lassen, daß, wenn nicht unvorhergesehene Hindernisse eintreten, der Kanal im Frühjahr 1895 vollendet sein wird, und die preussische Regierung sieht ein notwendiges Bedürfnis in der Herstellung der beiden Panzerfahrzeuge bis zur Fertigstellung des Kanals für den Dienst, für den sie bestimmt sind.

Abg. Sperlich (Str.): Die Stellung der überwiegenden Mehrheit meiner politischen Freunde zu diesen Positionen ist folgende. Als wir zuerst gegen die Positionen stimmten, brachten wir die übereinstimmende Ansicht des Zentrums zum Ausdruck, welche Herr Dr. Windthorst näher begründet hat. Als dann später größere Geneigtheit für die Bewilligung eintrat, hat Herr Windthorst die ursprünglich vom Herrn Reichskanzler vorgeschlagene Konzeption als nicht ausreichend bezeichnet und als Äquivalent die Preisgabe einer Kreuzerfregatte verlangt. Diese Eventualität ist nunmehr eingetreten, und wir werden daher in der überwiegenden Mehrheit dafür stimmen. Wir sind allerdings nicht der Ansicht, daß damit ein vollständiger Ausgleich geschaffen wird, weil die Gesamtsumme für die Panzerfahrzeuge größer ist, als für eine Kreuzerfregatte. Wir glauben aber doch, aus finanziellen Gründen diesen Ausgleich acceptieren zu können, weil wir von vornherein geneigt waren, später die Panzerfahrzeuge zu bewilligen, da diese dem von uns vertretenen Plan der Verteidigung der Küsten und des Schutzes der Handelsmarine durchaus entsprechen. Wenn wir nun aber im nächsten Jahre eins der Schiffe bewilligt hätten, so wäre die Gesamtsumme doch erheblich höher, als die Kosten für die eine Kreuzerfregatte. In Bezug auf die Annahme des Nachtragsetats haben wir keine Bedenken.

Abg. Richter (Str.): Ich hoffe, daß in der dritten Lesung eine authentische Erklärung über die Stellung der verbündeten Regierungen uns gegeben wird. Als der Reichskanzler uns einen Abstrich von 2 Millionen an einer anderen Stelle des Etats in Aussicht stellte, habe ich sofort erklärt, daß dieser Abstrich nur dann als gleichwertig zu betrachten sei, wenn es erste Raten seien. Es ist nun allerdings ein sehr ungewöhnliches Verfahren, zu beantragen, eine bereits bewilligte Position aus dem Etat zurückzunehmen. Aber Sie haben uns durch den großen Umfang Ihrer Bewilligungen selbst dazu gebracht. Das Entgegenkommen der Regierung unserer Forderung gegenüber hat uns zu einem für beide Theile vollständig acceptablen Vergleich geführt. Wir, die wir auf dem Boden der Denkschrift von 1887 heute noch stehen, ziehen aus diesem Vergleich einen ganz entschiedenen Vortheil. Denn wir beantworten damit die Frage der Angriffsflotte, der Kaperflotte nicht im beabsichtigten Sinne, sondern wir knüpfen an die Denkschrift von 1887 an. Finanziell werden dem Reiche 300 000 Mk. gespart, auch für die Zukunft. Die 2 Millionen können Sie nicht ohne Weiteres in Rechnung stellen. Denn wir würden die Panzerfahrzeuge doch bewilligt haben, weil sie für unsere Küstenverteidigung notwendig sind. In Bezug auf die Frage der Kreuzerfregatten und die Bewilligung der jetzt abgelehnten für eine spätere Zeit behalten wir uns die volle Freiheit der Erwägung und Abstimmung vor, wir übernehmen dafür auch keine moralische Verpflichtung, und darin liegt für mich ein ganz wesentlicher Vortheil. Die Bewilligung der Panzerfahrzeuge ist jetzt um so notwendiger, seitdem uns die amtliche Erklärung gegeben worden ist, daß im Frühjahr 1895 der Nordostsee-Kanal fertig wird. Wir machen deshalb ein gutes Geschäft, denn im nächsten Jahre würden wir ja doch ja sagen, und dann würden wir vielleicht zu schnell und nicht so gut bauen. Ein weiterer Grund für die Bewilligung ist, daß die Erklärung abgegeben wurde, daß, wenn wir die Panzerboote nicht bewilligen, Hunderte von Arbeitern entlassen werden müssen. Das wird jetzt vermieden. Ich erwarte von der Regierung, daß sie, wenn sie wieder mit einer Forderung der Kreuzerfregatte kommt, uns ein vollständiges Modell, die ganze Konstruktion vorlegt, denn in dieser Beziehung hat sich in letzter Zeit ein schneller Wechsel der Meinungen gezeigt.

Abg. Richter: Für die Werthschätzung der Kompensation kommen meines Erachtens nicht die Ziffern der ersten Raten, sondern der Werth der gesamten Verbindlichkeiten, die man eingibt, und jener Verbindlichkeiten, die gelöst werden, in Betracht. Nun hat aber Herr Sperlich selbst zugegeben, daß die Kompensa-

tion in dieser Beziehung nicht gleichwerthig ist. In der Bewilligung der zwei neuen Panzerfahrzeuge geht man Verbindlichkeiten in der Gesamtsumme von 10 Millionen ein, während die Verbindlichkeiten, die im vorigen Jahre eingegangen wurden für die Kreuzerfregatte, nur 7 1/2 Millionen Mark ausmachen. Eine besondere Anknüpfung an den Plan von 1887 kann man nicht geltend machen, vielmehr bleibt der Plan von 1888 in Geltung, nach welchem der Bau von 4 großen Panzerschiffen daneben zur Ausführung kommen soll. Ob ich dazu kommen würde, im nächsten Jahre die neuen Panzerfahrzeuge in erster Rate zu bewilligen, kann ich heute noch nicht sagen. Das hängt von verschiedenen anderen Umständen, von der militärischen Bedeutung Helgolands, von der Förderung des Baues des Nordostsee-Kanals u. s. w. ab. Thatsächlich sind doch auch bei diesen Schiffen die Unterzählungen noch nicht abgeschlossen über das Verhältnis von Panzer und Armierung. Allerdings ist durch Lösung der Verbindlichkeit für eine Kreuzerfregatte in Bezug auf die Bewilligung derselben im nächsten Jahre freie Hand gegeben. Auf der anderen Seite aber bleibt immer eine solche erste Rate für eine Kreuzerfregatte bestehen; der Bau derselben kann in Angriff genommen werden, und damit ist ein Vorgang gegeben, durch welche die spätere parlamentarische Kritik desselben Schiffstypus erheblich erschwert wird.

Welche Wirkung der eine oder andere Beschluß auf die Beschäftigung auf den Werften haben wird, ist schwer zu sagen. Der Mehrbeschäftigung und größeren Nachfrage nach Arbeitern durch Bewilligung der Panzerfahrzeuge steht die Lösung der Kreuzerfregatte vermindert entgegen. Nach den Gesamtplanen wird die Beschäftigung in den nächsten Jahren gegen jetzt eine erheblich geringere werden. Man wirkt also einer zeitlichen Ausdehnung des Schiffbaues durch größere Bewilligungen in diesem Etatsjahr entgegen, während umgekehrt durch Beschränkung auf die nothwendigsten Schiffbauten in diesem Jahre man zu einer Stetigkeit in der Beschäftigung der Arbeiter kommt, indem größere Bauten für die nächsten Jahre vorbehalten werden.

Die Ablehnung der ersten Raten durch den ersten Kommissionsbeschluß hatte eine Bedeutung, welche der Beschluß in der jetzigen Beschränkung nicht hat, die Willenserklärung, daß es mit der Erweiterung der Marine, wie sie mit Hilfe des vorigen Reichstags eingeleitet war, nicht so weiter gehen soll. Der Regierung sollte nahegelegt werden, eine grundsätzliche Aenderung einzuführen. Eine solche Aufforderung war besonders geboten nach der Rede des Herrn Hollmann, die ich auch jetzt nicht als nicht gesprochen ansehe. Nunmehr tritt an die Stelle eines solchen generell ablehnenden Beschlusses ein Tauschgeschäft über einzelne Schiffe. Ich bezweifle, daß diese Aenderung der Kommissionsbeschlüsse denselben Eindruck hervorrufen wird, wie jene Beschlüsse. Die jetzigen Anträge sind zwar geeignet, die Gegenätze im Augenblick zu applaudiren, aber ich fürchte, daß dafür die Lösung für die Zukunft um so mehr erschwert wird, und aus diesem Grunde stimme ich gegen die Anträge.

Abg. Richter: Wenn Herr Richter die grundsätzliche Bedeutung der früheren Kommissionsbeschlüsse darin sah, daß wir ein langsames Tempo im Schiffbau wünschten, so hat meiner Meinung nach der Beschluß des Reichstages, wie ihn die Kommission jetzt vorschlägt, doch dieselbe grundsätzliche Bedeutung. Wir sind auch nicht einen einzigen Schritt von jener Erklärung abgewichen.

Damit schließt die Diskussion.
Die Titel 15 und 17 werden gegen die Stimmen eines Theiles der Freikämmerer, Sozialdemokraten und der Volkspartei angenommen und Titel 26 abgelehnt. Der Kommissionsantrag betr. Lösung der Rate für den Bau einer Kreuzerfregatte wird gleichfalls angenommen.

Debattelos werden darauf die Etatspositionen „Matrikularbeiträge“ und „Außerordentliche Deckungsmittel“ sowie das Etats- und Anleihegesetz angenommen.

Damit ist die zweite Verathung des Etats erledigt.
Es folgt die zweite Verathung der Patentgesknovelle.
Referent Abg. Goldschmidt befragt kurz die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Graf v. Ballestrem (Str.) beantragt, in Anbetracht der höchst gründlichen Durchverathung des Gesetzesentwurfes in der Kommission und in Anbetracht der Geschäftslage des Hauses, ihn en bloc anzunehmen.

Abg. Dr. v. Bennigsen (ntl.) schließt sich diesem Antrage an.

Das Haus beschließt demgemäß.
Der Präsident v. Levetzow bittet darauf unter allseitigem Beifall und unter Erhebung der Mitglieder von den Sitzen um die Ermächtigung, dem Prinzregenten von Bayern zu seinem heutigen 70. Geburtstag telegraphisch zu gratuliren.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Dritte Etatsverathung, Petitionen.)
Schluß 2 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom 12. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Haus setzt die zweite Verathung der Gewerbe- u. v. l. a. g. fort.

§ 87 bestimmt, daß der die Summe von 19 811 395 Mk. um 5 Prozent übersteigende Ueberschuß des Veranlagungsolls für 1893/94 zu einer entsprechenden durch tgl. Verordnung festzustellenden prozentualen Herabsetzung der Mittelsätze sowie der höchsten und niedrigsten Steuersätze im Verhältnis des Mehrbetrages zur Gesamtsumme verwendet werden soll. Ebenso soll ein Manko an jener Summe um über 5 pCt. durch eine entsprechende Herabsetzung der Steuersätze gedeckt werden, welche später wieder eine entsprechende Herabsetzung erfahren soll, wenn der Steuerertrag die Summe von 19 811 395 Mk. zusätzlich 2 pCt. für jedes auf 1893/94 folgende Jahr erreicht hat.

Ein Antrag Dr. Bachem (Str.) will den Ueberschuß,

der sich schon für 1892/94 über den Betrag von 20 Millionen ergibt und für die folgenden Jahre einen um 2 pCt. erhöhten Betrag übersteigt, zunächst zur Herabsetzung der Steuersätze der untersten Klasse bis zu 6 Monatsraten und sodann zu einer Herabsetzung der anderen Stufen verwenden. Die Feststellung soll nicht durch tgl. Verordnung, sondern durch den Finanzminister erfolgen. Eine Heraushebung ist in dem Antrage nicht vorgesehen.

Abg. Stengel (Str.) erklärt sich gegen die Kontingentierung; er sieht darin nur eine Steuererhöhung, da der gewünschte Ertrag wahrscheinlich nicht einkommen werde. Die großen Betriebe in den großen Industriestädten, auf die es hauptsächlich ankomme, seien schon jetzt nicht niedrig eingeschätzt. Man mache hier einen Sprung ins Dunkle. Es sei unverantwortlich, die Steuerpflichtigen bei einem allgemeinen Geschäftsniedergang für das volle Aufkommen der Steuer zu verpflichten.

Abg. v. Rauchhaupt (Str.) bestreitet, daß ein Minderertrag herauskommen werde, das hätten die Erfahrungen mit der Grundsteuer gezeigt. Wer weniger bezahlen wolle, wenn zu viel Steuer einkomme, müsse es auch in den Kauf nehmen, wenn nötig, mehr zu bezahlen. Der Antrag Bachem würde der zukünftigen Reform der Kommunalbesteuerung im Wege stehen. In der Gewerbesteuer, welche die Betriebe nur mit 1 bis 1 1/2 pCt. belaste und die kleinsten Betriebe ganz steuerfrei lasse, liege eine schwere Ungerechtigkeit gegen die Grundbesitzer, welche viel höher, auch die kleinsten, belastet würden. Vor Einführung eines Kommunalsteuergesetzes müsse man doch erst eine genaue Uebersicht über die Erträge der Gewerbesteuer haben. Die konservative Partei werde für den Kommissionsantrag und gegen den Antrag Bachem stimmen.

Abg. vom Seebe (natl.) beantragt den zweiten Theil des Paragraphen zu streichen, welcher eine Heraushebung des Steuerbetrages verlangt. Derselbe würde ja erreicht werden durch den Antrag Bachem, doch sei ja keine Aussicht, daß die Kontingentierung angenommen werde.

Finanzminister Dr. Miquel: Die Regierung will auf die Mehrerträge verzichten, welche durch die Reform selbst entstehen, sie kann aber nicht verzichten auf die Mehrerträge, die auch ohne die Reform sich ergeben werden. Eine Steuerreform kann nicht bloß rational sein, sondern muß auch auf die Staatsfinanzen Rücksicht nehmen. Die Befürchtung, daß unbedingt ein erheblicher Ausfall gegenüber dem jetzigen Steuerbetrag stattfinden wird, ist nicht so ohne Weiteres zu belegen. Einige Kollegen aus dem Finanzministerium wollen den § 81 streichen, ich bin aber nicht dieser Meinung, denn der Staat darf, wenn er auch keinen Mehrertrag will, auch keinen Minderertrag haben. Eine Kontingentierung, wie sie Abg. Bachem will, ist weder gerecht, noch nothwendig, noch in Berücksichtigung der Staatsfinanzen zulässig. Denn die Staatsausgaben wechseln fortwährend. Wir müssen das direkte Steuersystem besser ausbilden, da wir bis jetzt in zu großem Vertrauen unsere Finanzen auf die schwankenden Betriebseinnahmen basirt haben. (Sehr wahr! links.)

Abg. Stengel (freik.) wendet sich noch einmal gegen die Bestimmungen dieses Paragraphen, der die Befürchtung nahe lege, daß die Gewerbetreibenden einen höheren Steuerbetrag zahlen, als bei Emanirung des Gesetzes vorgesehen war. Denn die Befürchtung, daß das Gesetz Mindererträge zur Folge haben werde, sei durchaus gerechtfertigt.

Abg. Dr. Bachem (Str.) begründet seine Forderung, schon vom Jahre 1892/93 die Kontingentierung eintreten zu lassen, mit dem Hinweis auf das Einkommensteuergesetz, welches ja auch mit diesem Zeitpunkte beginne. Die Bedenken gegen die vorgeschlagene Kontingentierung seien um deswillen nicht gerechtfertigt, weil diese sich ja nach dem Veranlagungsoll richtete. Das erste Erforderniß an eine Steuer müsse ein fester Prozentsatz sein, und ein solcher werde durch den Antrag festgelegt. Die schwankende Rentabilität der Industrie sei gerade ein Grund mehr dafür, einen bestimmten Prozentsatz festzusetzen. Sei aber die Rentabilität der Industrie so gering, daß ein Einnahmeausfall aus der Gewerbesteuer erfolge, so sei das noch weniger ein Grund, sie mit einem höheren Prozentsatz zu belasten. Wenn schon die Probeveranlagungen, welche doch sehr rasch und ohne tiefes Eindringen in die Verhältnisse gemacht worden seien, einen Betrag von 20 Millionen ergeben haben, so sei doch thatsächlich schon beim erstmaligen Veranlagungsoll ein Mehr zu erwarten. Der Antrag schädige also die Staatsfinanzen durchaus nicht. Wenn der Finanzminister so große Furcht vor schwankenden Einnahmen habe, so beseitige ja gerade das Redners Antrage diese Furcht, denn danach würde ja der Betrag ein für allemal festgelegt. Seine Forderung, daß schon nach einer Steigerung von 2 Prozent eine Werthstellung der Ueberschüsse stattfinden soll, schließt sich dem Steigerungssatz der letzten Jahre an.

Finanzminister Dr. Miquel führt aus, daß eine Ausdehnung der Industrie auch die Staatsausgaben in höherem Maße in Anspruch nehme, und daß daher der Staat auch auf eine größere Einnahme Anspruch habe. Die Kontingentierung sei bei den doch immerhin schwankenden Ausgaben das Allerbeste.

Abg. v. Rauchhaupt (konf.) stimmt dem Minister darin bei, daß eine Ausdehnung der Industrie auch die Staatsausgaben belaste.

Abg. v. Römel (Str.) betont, daß die ganze Steuerreform auf ein Einnahmeplus hinauslaufe. Früher habe man zur Befürwortung der indirekten Steuern diese gegen die direkten Steuern ins Feld geführt, jetzt, da die indirekten Steuern nicht mehr zu genügen scheinen, mache man es umgekehrt. § 81 zeige gerade die Ungerechtigkeit, die in der allzu starken Heranziehung der großen Betriebe liege. Der Staat möchte die voraussichtlichen Ueberschüsse ganz für sich in Anspruch nehmen; auf einen Minderertrag rechne wohl die Regierung selber nicht. Es müsse eine Gewähr gegen eine allzu hohe Belastung der Gewerbetriebe geschaffen werden, und eine solche liege zum Theil in dem Antrag Bachem, der ja keine absolute, sondern nur eine abgeschwächte Kontingentierung wolle, da er die Steigerung von 2 Prozent jährlich in Betracht zieht.

Generalsekretär Dr. Burghart bittet um Ablehnung des Antrages Bachem, der die Festsetzung der Steuerfalsä außerordentlich erschwere.

Abg. vom Heede (natl.) erweitert seinen Antrag dahin, den ganzen § 81 zu streichen.

Die Diskussion wird geschlossen und § 81 unter Ablehnung sämtlicher Anträge nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen, ebenso ohne Debatte der Rest des Gesetzes.

Die dazu gehörigen Petitionen werden durch die Beschlusssammlung für erledigt erklärt.

Das Erbschaftssteuergesetz wird nach den Beschlüssen der zweiten Lesung, also mit Ablehnung der Besteuerung der Aszendenten und Deszendenten ohne Debatte erledigt.

Auf eine Anfrage des Abg. Eberty erklärt

Vizepräsident v. Heeremann, daß er noch vor einigen Tagen die Absicht gehabt habe, die Landgemeindeordnung auf die Tagesordnung zu setzen. Da aber jetzt keine Aussicht auf die Erledigung der zweiten Lesung vor den Osterferien vorhanden sei, so habe er davon Abstand genommen.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Etat des Kriegsministeriums, des Handelsministeriums und kleinere Etats.)

Schluß 2 Uhr.

Deutschland.

L. C. Berlin, 12. März. Seit einiger Zeit ist die Rede davon, daß Herr Dr. Georg Waltemath in Hamburg innerhalb der deutsch-freisinnigen Partei sowohl in Hamburg wie in den Provinzen eine besondere Stellung einnehme und einen Theil der Freisinnigen nach Rechts zu führen suche. Soeben hat Herr Dr. Waltemath es für gut befunden, eine ausdrückliche Erklärung über seine Stellung abzugeben, merkwürdiger Weise in der „Köln. Ztg.“ Nach Mittheilungen über Vorgänge in Hamburg und im 19. hannoverschen Wahlkreise, wo Herr Dr. Waltemath auch als Sonderkandidat dem freisinnigen Kandidaten Adloff gegenübersteht, sagt er zum Schluß: „Was meine politische Haltung anbetrifft, so habe ich mich seit den letzten Wahlen auf meinen Reisen in Deutschland, besonders in Hannover und Schleswig-Holstein überzeugt, daß eine Verbindung zwischen Freisinnigen und National-liberalen das Ideal von vielen Zehntausenden ist, und bin dieser Verbindung selber geneigt geworden, umso mehr, weil bei den letzten Erbschaftswahlen die Gegner einer solchen Verbindung in der freisinnigen Partei schwere Niederlagen erlitten haben.“ Herr Dr. Waltemath, der, wenn wir nicht irren, früher der alten Fortschrittspartei angehörte, will also die „Sezession“ vom August 1880 rückgängig machen. Die Sezession erfolgte nach der Erklärung vom 30. August 1880, weil „die nationalliberale Partei gegenüber den wesentlich veränderten Verhältnissen nicht mehr von der Einheit politischer Denkart getragen wurde, auf der allein ihre Berechtigung und ihr Einfluß beruhten.“ Seitdem ist die „Einheit politischer Denkart“ zwischen den getrennten Theilen noch nicht wiederhergestellt worden. Im Gegentheil. Die ehemaligen Sezessionsisten haben Anschluß nach Links genommen und sich mit der ehemaligen „Fortschrittspartei“ zu einer einheitlichen „deutsch-freisinnigen Partei“ verbunden. Die nationalliberale Partei ist dagegen unter der Führung des Herrn Dr. Miquel am Tage von Heidelberg weit nach Rechts abgerückt. Es ist noch kein „klärendes Er-

eigniß“ eingetreten, welches geeignet wäre, den Gegensatz, der heute größer ist, als im August 1880, zu überbrücken. Durch die Ereignisse der letzten Jahre hat sich zwar Manches geändert; aber die entscheidenden Hauptfragen liegen noch vollständig im Unklaren. Ein Einzelner kann daran nach seinen Erfahrungen auf begrenztem Raume nichts ändern. Es müssen neue Fragen auftauchen, welche die Geister scheiden. Dann werden sich gewiß die Elemente der nationalliberalen Partei, welche sich noch einen Fonds von liberaler Denkart bewahrt haben, von den „Schoosinisten“ trennen und mit den gleichgesinnten Liberalen aus anderen Fraktionen verbinden. Aus heiler Haut entsteht so etwas nicht. Alle Fraktionen, welche heute in Deutschland bestehen, sind Kinder der Politik des Fürsten Bismarck. Sie sind sämtlich entstanden entweder zum Zweck der Unterstützung seiner Politik — so vor Allem im Jahre 1868 die nationalliberale und die freikonservative Partei und Herr von Heydebrand hat in Breslau erzählt, daß Fürst Bismarck auch bei der Begründung der deutsch-konservativen Partei im Jahre 1875 sein „Imprimatur“ gegeben hat. Das Zentrum ist von Windthorst und Savigny gegen die Politik Bismarcks von 1866 geschaffen. Die Sozialdemokraten sind von Bismarcks Politik erst gehätschelt und aufgepöppelt, und als die Früchte dieser Politik hervortraten, mit brutaler Gewalt zu unterdrücken versucht worden, woraus die Partei neue Stärke zog. Die Sezession und deren Zusammenschluß mit der Fortschrittspartei waren Proteste gegen die 1879 inaugurierte Politik, welche den mittleren und ärmeren Volksklassen schwere Lasten auferlegt, um aus deren Ertrag den angeblich „nothleidenden“ Großen hohe Profite zuzuwenden. Diese Politik besteht im Großen und Ganzen auch heute noch und sie hält die Parteien für und wider zusammen, welche durch sie geschaffen sind. Auch der bewußte oder unbewußte Schöpfer aller jetzigen Parteien, Fürst Bismarck lebt und wirkt noch politisch fort, wenn auch an unverantwortlicher Stelle und wirkt mit für die Fortexistenz seiner natürlichen und unnatürlichen Kinder. Wenn er und wenn die Möglichkeit der Fortführung seiner Politik aus dem politischen Leben Preußens und Deutschlands ausgeschieden sein werden, wird sich ganz von selbst eine neue Gruppierung der Parteien ergeben.

Der Kaiser folgte am Mittwoch Abend einer Einladung des österreichisch-ungarischen Votschafters zur Tafel. Am Donnerstag hörte der Kaiser die regelmäßigen Vorträge.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht, wie bereits erwähnt, die Entlassung des Herrn v. Götzer, die Ernennung des Grafen v. Zedlitz-Trübschler zum Kultusminister und diejenige des Herrn v. Wilamowitz-Möllendorf zum Oberpräsidenten von Posen. Zum Unterstaatssekretär im Kultusministerium an Stelle Barthausens ist Herr v. Holwede, Regierungspräsident in Danzig, früher bei der Regierung in Posen bestimmt. Herr v. Götzer hatte, wie berichtet wird, zum Nachfolger Barthausens den zeitigen

Direktor der Volksschulabtheilung, Dr. Kögler vorgeschlagen. Die Ernennung desselben wurde aber beanstandet, angeblich, weil Kögler in kirchlicher Hinsicht eine etwas freiere Stellung einnimmt. In Folge dessen reichte Götzer seine Entlassung ein.

Ueber den neuen Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths, Dr. Barthausen dürften nachstehende biographische Notizen von Interesse sein:

Herr Barthausen stammt, wie so viele bedeutende Männer, welche im neuen deutschen Reiche eine hervorragende Stellung einnehmen, aus Hannover. Er vollendet am 24. April das 60. Lebensjahr und ist zu Hildesheim als Sohn des dortigen Landesökonomie-Kommissars geboren. Nachdem er die Rechte studirt, war er Amtsassessor in Emden, später in Aurich bei der Landdrostei (Regierungspräsidium) und dem Konsistorium, kam dann als Assessor zur Klosterkammer in Hannover, wurde Direktor des Konsistoriums in Stade und Mitglied des Landeskonsistoriums. Seit dem Jahre 1873 war Barthausen im Kultusministerium beschäftigt, zuerst als Vortragender Rath, seit 1881 als Ministerial-Direktor. Im Februar 1890 wurde Barthausen Unterstaatssekretär. Es wird besonders hervorgehoben, daß Barthausen als Regierungs-Kommissar auf der hannoverschen Landesynode 1875/76 die Annahme des Trauungsgesetzes und der Liturgie zu Stande gebracht habe, welche vorbildlich geworden seien für Trauungsordnungen in den anderen Provinzen: Die „Kreuzzeitung“ rühmt Herrn Barthausen nach, daß er sich im Kultusministerium um kirchliche Dinge vielfach verdient gemacht habe. Er hat zunächst zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen mitgewirkt, ist für die Errichtung von Predigerseminaren sehr thätig gewesen und hat namentlich die Einrichtung des Vikariatswesens in der evangelischen Kirche eifrig betrieben und bewirkt.

Die Ernennung des Hrn. Barthausen zum Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenraths wird von dem Organ „Stöcker“, der „Deutsch. Evang. Kirchenztg.“ mit Jubel begrüßt. Barthausen sei durchaus positiv. Es sei nunmehr im Voraus gewiß, daß, was die Richtung betrifft, der Kurs ganz derselbe bleiben wird. Freilich werde Barthausen der Kirche keine größere Selbständigkeit gewähren nach Kleist-Hammerstein'schem Muster; denn er sei ein Mann des Staatskirchentums. Dagegen werde Barthausen sicher ein besseres Zusammenwirken von Kultusministerium und Oberkirchenrath bewirken, auch eine gewisse Beziehung zu den Kirchen der neuen Provinzen anbahnen. Die „Magdeburger Zeitung“ bringt die Ernennung Barthausens mit Plänen in Verbindung, welche darauf gerichtet sein sollen, durch Einrichtung eines konfessionell-lutherischen Senats im Evangelischen Oberkirchenrath die Leitung der lutherischen Landeskirchen der neu erworbenen Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein, Kurheffen u. s. w., welche bisher dem Kultusminister obliegt, auf den Evangelischen Oberkirchenrath zu übertragen.

In der „National-Zeitung“ lesen wir folgenden Vorfall, über den wir uns nach den Erfahrungen der letzten Jahre allerdings absolut nicht wundern können:

In parlamentarischen Kreisen, so schreibt das Blatt, machte ein Vorgang unliebsames Aufsehen, der dazu in der That nur allzu sehr angethan wäre, falls er sich wirklich so ereignet hat, wie erzählt wird. Dem Sohn eines verstorbenen, allgemein hochgeachteten liberalen Politikers, welcher letzterer 1848 zur demokratischen Partei gehörte, dann, von langem Aufenthalt in Amerika zurückgekehrt, sich der nationalliberalen Partei anschloß und 1880 die Sezession mitmachte, ist jüngst die Verwaltung eines Landrathsamts in einer der alten Provinzen übertragen worden, nachdem er bis dahin Hilfsarbeiter in

Römischer Schnupfen.

Von Albert Robert.

(Nachdruck verboten.)

Ich habe die zur stehenden Redensart gewordene Aeußerung reicher Leute: „Ich werde den diesjährigen Winter in Rom verleben“ von je gehaßt. Aus Reid natürlich, so lange es mir nicht vergönnt gewesen ist, so zu sprechen und dergleichen zu thun. Jetzt hat ein glücklicher Umstand mich in Person in die viel beneidete Lage gebracht, einen Winter in Rom zubringen zu können. Ich glaubte nunmehr den höchsten, süßesten aller irdischen Genüsse auskosten zu können und — bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß, wenn ich einmal einen Feind haben werde, dem ich etwas recht Arges wünsche, ich ihm rathen würde, einen Winter in Rom zu verleben. Vergottsaframent! ich bin gewiß einer der Gebulbigsten, so auf Gottes schöner Erden herumkriechen; — ich habe im Orient Schmutz und Ungeziefer als den wahren Firniß asiatischer Unbedecktheit gepriesen und will mich von dem schuftigsten aller römischen Kaufleute mit Wollust übers Ohr hauen lassen, aber ich will in den Häusern nicht frieren, während draußen die goldene Sonne scheint, ich will mir vor allen Dingen nicht die Unverschämtheit meiner eigenen Nase gefallen lassen, welche mich während der verfloßenen drei Monate ein Vermögen für Reinigung von Taschentüchern gekostet und die mir rundweg erklärt hat, sie sei neugierig zu sehen, wer es länger aushält, der Schnupfen oder ich.

Aber was sage ich da gegen den römischen Winter! Er ist im Gegentheil der wahre Jungbrunnen. Wenn es wahr ist, daß der Schnupfen ernstesten Krankheiten vorbeugt — man kann sich ja des Genaueren bei seinem Hausarzte Rath holen — dann muß man folgerichtig nach glücklicher Ueberwindung des ewigen römischen Schnupfens des Alters und der Gesundheit Methusalems theilhaftig werden.

Zu dieser Glückseligkeit nun kann man in Rom überaus schnell gelangen. Man ist verschnupft, wenn es in Strömen vom aschgrauen Himmel regnet, während eine schwüle, stickige Luft uns den Athem beklemmt und unsere Ekluft gewaltig schmälert. Warum? Weil man gewöhnlich mit übernassen Strümpfen, Stiefeln und Kleidern nach Hause kommt, weil gegen solche plötzlichen, von Orkanen begleiteten Regengüsse kein Schirm, kein Gummimantel gefeit ist und man in den bergigen Straßen durch reißende Alpenbäche schreiten muß. Man ist verschnupft, wenn die wirkliche kalte Jahreszeit anfängt, sagen wir vom Dezember bis Februar. Dann beginnt die verächtliche Methode des Erheizens der römischen Zimmer, die bekanntlich nur zum geringsten Theile Kamine für Holzfeuer haben, das sehr kostspielig ist und, wenn erloschen, die Kälte noch empfindlicher macht als zuvor. Man will also

sein Zimmer, das wie jedes einen Fußboden aus Kacheln hat, über welchen ein gemeinlich nicht sehr dicker Läuferteppich gebreitet ist, erheizen haben. Also stellt man ungefähr zwei Fuß von der Fensterwand entfernt einen halbmannshohen eisernen Ofen auf. Der „Famista“ erscheint zur Legung des Abzugsrohres.

Schon ängstigt uns der Gedanke, wie unschön das Zimmer aussehen wird, wenn ein schwarzes Rohr zur Decke hinaufgeleitet und — ja, das geht ja gar nicht. Ueber uns wohnen doch auch Leute! Aber der italienische Arbeiter ist praktisch, ich möchte es fast nennen. In zwei Minuten ist aus der Fensterwand ein rundes Loch ausgebrochen, in fünf Minuten ein Rohr hindurchgesteckt und durch Gipsen befestigt, in weiteren fünf Minuten ist das Rohr in die frische Atmosphäre hinaus verlängert und auf der Zimmerseite die Verbindung mit dem Ofen hergestellt und es kann geheizt werden. Diese Prozedur von, sagen wir, längstens einer halben Stunde, kostet 15 Lire. Natürlich werden fünf abgehandelt, man ist aber bereits von vornherein verschnupft. Folglich sehen während des römischen Winters die Häuser aus, wie die Igel. Drei, vier solcher schwarzen Ofenrohre strecken in jedem Stockwerk in den ungraziösesten Verordnungen ihre bleichen Arme zum Himmel, als wollten sie Gewalt schreien über einen solchen, in Italien leider sehr häufigen Verstoß gegen jedes Schönheitsgefühl. Jetzt wird endlich geheizt, denn die Kälte ist in den Zimmern fühlbarer, als irgendwo anders. Die Wände sind so dünn, daß man sie umblasen kann und vom Fußboden herauf dringt die Luft eines Eiskellers. Natürlich hat die liebe Sonne nur auf diesen Augenblick gewartet. Schon kräuseln sich die ersten blauen Wölkchen aus dem Ofenrohr und entschweben im frischen Luftzuge des Tramontan; im Ofen selbst poltert es bereits so anheimelnd von verzehrten, dem Gluthmeere heimsinkenden Roakstücken. Gleich ist sie da und lügt, neugierig wie jedes Frauenzimmer, über das flache Dach des gegenüber stehenden Hauses, auf welchem ein paar halberfrorene Oleanderbäume und die Bildsäule einer Iris einen schwebenden Sommergarten markiren. Dieses unedelmäßige Hinüberlugen ärgert nun auch unseren blauen Rauch. Schüchtern, wie er einmal ist, bläst er zum Rückzug und flüchtet in dichten Wolken unter Begleitung eines infernalisches Gasgestankes in das Zimmer.

Die Fenster auf! Endlich, nach mindestens halbstündigem Warten hat ihm die Sonne den Gefallen gethan, das Rohr zu erwärmen, er bequemt sich nun nach außen zu flüchten. Die Fenster werden geschlossen und man bemerkt mit Wonne, wie der Ofen „zieht“. Bald ist das Zimmer so heiß, daß man am Liebsten in Hemdsärmeln herumlaufen möchte. Das hätte weiter keine Gefahr. Das Schlimme aber ist, daß man von Zeit zu Zeit in ein Nebenzimmer wandern muß, in welches nie die Sonne bringt, und welches man nie heizt,

weil es nur selten in Benutzung genommen wird. Gratulire zum Schnupfen! Man ist verschnupft zum Weiteren, weil man in die feuchten Betten kriechen muß, denen der erwärmende Inhalt der Daunenedern völlig abgeht. Und wenn man Decken über Decken aufeinander häuft, die Betten bleiben kühl und feucht wie ihr gräserner Inhalt. Man ist verschnupft, weil man des Mittags im leichten Sommerüberrock oder auch ohne diesen auf die Straße gehen kann und glaubt, dasselbe auch des Abends thun zu können, wenn der prächtige Vollmondschein eine echt italienische Nacht heraufgezaubert zu haben scheint. Gleich hat man den Katarch für Wochen fort. Und wer allen diesen Gefahren glücklich aus dem Wege gegangen ist, der hat den Schnupfen sicher fort, sobald er sich verleben läßt, im Monate Februar und März aus der Sonne unvermittelt oder wiederholt in den Schatten zu treten. Der Unterschied ist unverzüglich fühlbar und man kann von Glück sagen, wenn man diesen Wechsel in der Temperatur, der oft genug einige zwanzig Grad beträgt, nur mit einem Schnupfen und nicht gleich mit einer Lungenentzündung oder Influenza einzulösen hat.

Wann also hat man während der Winterzeit in Rom keinen Schnupfen? Die Antwort darauf ist etwas schwierig, sie ist eigentlich nicht zu geben. Denn, wenn auch eine kurze Periode eintritt, in welcher der echte, goldne römische Winter seines ganzen unbeschreiblichen Zauber offenbart, die folgende Zeit mit ihrem unausbleiblichen körperlichen Unbehagen macht alles wett, entwerthet alle geübten reinen Genüsse und macht es zur Bedingung, daß man die Freuden eines Winteraufenthaltes im ewigen Rom unfehlbar mit einem ewigen Schnupfen bezahlen muß. Ja, früher war das Alles anders. Rom hat sich zwar zu allen Zeiten außerordentlich viel herausgenommen. Die „Roma, urbs mundi“, hat sich seit der Römer Zeiten nie ganz als solche verleugnen können. Man hat eben diese Urstätte der Klassizität von je verhätschelt und verwöhnt. Seitdem aber ein kaiserlicher Mund hat die Hauptstadt Italiens „unantastbar“ genannt, ist überhaupt kein Auskommen mehr mit ihr. Sie scheint seitdem mit Ueberraschungen zu kokettiren. Sie hat in diesem Winter mit einem schimmernden Schneemantel ihre antiken Glieder umhüllt, was seit Menschengedenken kaum dagewesen ist. Sie hat Donner und Blitz dazwischen hineinfahren lassen, daß es nur so eine Art hatte, und hat, Gott verzeihe ihr die Sünde, den Grundton zu jenem Rafenkoncert angegeben, das vom Dezember bis zum heutigen Tage durch alle Straßen und Gassen der ewigen Stadt wiederhallte.

Mögen die unfreiwilligen Jähren, die auch heute noch in allen Familien Roms geweint werden, den Himmel erbarmen, auf daß er nicht noch zu guter Letzt den ewigen Schnupfen in die Geißel einer ewigen Influenza verwandelt.

einem der Ministerien gewesen. Als der neue Landrath sich seinem Regierungs-Präsidenten vorstellte, ward er mit der Frage empfangen, ob er ein Sohn des bezeichneten früheren Abgeordneten sei; und als er dies bejahte, wurde ihm das Vertrauen des Regierungs-Präsidenten darüber ausgedrückt, daß er unter solchen Umständen „hier Landrath werden wolle.“ Der Name des Regierungs-Präsidenten hat, obgleich nicht alle Träger desselben der äußersten Rechten angehören, namentlich seit der Amtsführung des vorigen Ministers des Innern einen ebenso reaktionären Klang, wie der des Landraths — vom Vater her — einen liberalen. Es scheint danach, daß in gewissen Kreisen die Verwaltungsämter als der natürliche Besitz der Familien mit solchen reaktionären Namen betrachtet werden. Wir müßten uns sehr täuschen, wenn die Erzählung nicht auch innerhalb der Staatsregierung bereits bekannt geworden wäre. Ist dies der Fall, so wird hoffentlich der Zustand festgestellt und eventuell mit ausreichender Deutlichkeit konstatirt werden, daß die Regierung, resp. die Krone die Staatsämter ohne Nachprüfung durch Regierungs-Präsidenten vergiebt.“

Die Entrüstung, welche die „Nat. Ztg.“ heuchelt, steht ihr nur schlecht zu Gesicht, denn welche Partei und welche Presse hat gerade in den letzten Jahren durch ihre kraftlose Haltung am meisten dazu beigetragen, daß dergleichen in einem Kulturstaate möglich geworden ist? Doch keine andere als die sogenannte national-liberale. Besser wäre es überhaupt gewesen, in diesem Falle gleich die Namen der theilhaftigen Personen, die der „Nat. Ztg.“ doch gewiß bekannt sind, zu nennen. Allem Anschein nach handelt es sich um den Sohn des verstorbenen Abg. Dr. Kapp, des Bürgers zweier Welten, wie er f. Z. genannt wurde; der betreffende Regierungs-Präsident scheint dagegen der Bruder des Exministers v. Puttkamer zu sein.

Lokales.

Posen, den 13. März.

* Der neu ernannte Oberpräsident, Kgl. Kammerherr, Freiherr v. Wilamowitz-Möllendorf ist ein Sohn unserer Provinz und zählt zu den größten Grundbesitzern derselben. Außer dem Familiengut Markowitz besitzt Herr v. Wilamowitz noch die Herrschaft Kobelnik und das Rittergut Piotrkowice im Kreise Strelno. Früher in der Verwaltung thätig, zuletzt als Landrath des Kreises Inowrazlow, hat sich Herr v. Wilamowitz in den letzten Jahren der Verwaltung seiner Güter gewidmet. Er ist Mitglied des Herrenhauses und seit einem Jahre Vorsitzender des Provinzial-Ausschusses der Provinz Posen. Es ist danach nicht zu bezweifeln, daß Herr v. Wilamowitz eine gründliche Kenntniß der lokalen Verhältnisse und eine reiche Erfahrung für sein neues Amt mitbringt. Seine Wirksamkeit als Landrath im Kreise Inowrazlow steht bei den Kreis-Eingewohnten noch im besten Andenken und hat er es namentlich verstanden, sich auch das Vertrauen der Polen zu erwerben. Seine konziliante Natur läßt erwarten, daß er nach Kräften bemüht sein wird, die nationalen Gegensätze auszugleichen. In politischer Hinsicht steht Herr v. Wilamowitz auf dem Boden der konservativen Partei und ist ein eifriger Vertreter der agrarischen Interessen; er hat sich jedoch von der politischen Agitation stets fern gehalten, und hegen wir zu ihm das Vertrauen, daß er sein Amt gerecht und ohne politische Rücksichten verwalten wird.

Nach alledem können wir die Wahl des Herrn v. Wilamowitz zum Nachfolger des Grafen Zedlitz als eine für unsere Provinz günstige und den Interessen derselben entsprechende betrachten, und wir begleiten den Eintritt des neuen Oberpräsidenten in sein schwieriges und verantwortungsvolles Amt mit unseren besten Wünschen.

Hochwasser.

—b. Posen, 13. März. Die Warthe ist in Pogorzelice bis gestern Abend weiter gestiegen und hat dort 5,09 Meter erreicht. Hier ist das Wasser in der Nacht etwas schneller als in der letzten Zeit gestiegen und steht heute Morgen auf 5,28. Es bedeckt den Grünen-, den Bernhardiner- und den Wittenbergplatz vor dem Gymnasium in der Gerberstraße und ist in den früher bereits überflutheten Straßen so weit vorgedrungen, daß der Fußgängerverkehr heute Morgen stellenweise abgeschnitten war. — Die Geschwindigkeitsmessungen zwischen Städtchen und Schilling werden von den Herren Regierungsbaumeister v. Normann und Techniker Pätzold fortgesetzt.

Permisches.

† Ein russisches Geschickchen. Die schönen Augen der Königin Olga Nikolajewna, Tochter des am Krimkrieg gestorbenen Zaren Nikolaus, haben es den französischen Malern möglich gemacht, mit ihren Bildern nach Stuttgart zu gehen, während sie von Berlin mit patriotischem Entsetzen sich abwandten. Dadurch wird die Aufmerksamkeit eines größeren Publikums wieder auf die sonst so stille Königin von Württemberg gelenkt. Sie hat seit Jahrzehnten, fast seit einem Menschenalter, eine wunderbare physische Widerstandskraft in einem schwächlichen Körper bewahrt. Um Politik bekümmert sie sich höchst selten — zuletzt im Jahre 1866, als es sich darum handelte, durch den Einfluß ihres Bruders Alexander die Folgen des „Vae victis!“ von den süddeutschen Staaten abzuhalten. In ihrem Herzen ist sie russisch geblieben, was sie jedoch nach außen hin nie gezeigt hat. Keinerlei verlegender Stolz, eine ungesuchte Milde und Natürlichkeit belebt sie, welcher nur durch das Bedürfnis des Alltags Schranken gezogen wurden. Aber auch Sinn für Humor hatte sie wenigstens früher. Der bekannte Schriftsteller Iwan v. Solowin verdankte ihr einst eine Errettung aus schwieriger Lage. Er war lange Zeit Sekretär im Ministerium Nesselrode, wurde aber von diesem fort und fort gehänselt, wobei auch seine „schlechte Handschrift“ herhalten mußte. Im Unmuth verfaßte Solowin eine liberale Broschüre, die er im Ausland erscheinen ließ — unter Nikolaus ein Staatsverbrechen. Nesselrode und der Polizeiminister Bismarck kamen dahinter und benutzten es brüthwarm dem Zaren. Solowin mußte flüchten und geriet, da sein Vermögen in Rußland steckte, bald in Noth. In Paris verdiente er sich etwas durch journalistische Arbeiten, zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Da faßte er sich ein Herz und ging zur Königin Olga nach Stuttgart, um ihre Vermittelung dafür zu erlangen, daß ihm wenigstens sein Vermögen aus Rußland ausgeliefert werde.

Olga Nikolajewna kannte ihren Vater und ließ sich von Herrn von Solowin seine Bittschrift an den Zaren zeigen. Letztere hatte ihren Schwerpunkt darin, daß G. nur durch die Chikanen Nesselrodes so weit gebracht worden sei, seine Pflichten zu vergeßen, daß auch Graf Bismarck, der Polizeiminister, ihm auf Anstiften Nesselrodes Falsch gestellt habe. Ist das wirklich wahr? — fragte die Königin den Herrn v. G. — „Ich schwöre es Ew. Majestät, es ist so,“ versetzte Solowin. — „Nun so machen Sie einen passenden Schluß an die Bittschrift, etwa so: „Soll um zweier Deutschen willen ein russischer Unterthan Ew. Majestät zu Grunde gehen?“ — Dieser Schlußsatz hatte in der That die gehoffte Wirkung bei dem Zaren. Er lachte laut auf, als er die Bittschrift gelesen hatte, und gab sie dem Grafen Nesselrode mit dem Befehl, dem Solowin alle Hindernisse zur Verwerthung seines in der Heimath befindlichen Vermögens aus dem Weg zu räumen. Man kann sich das lange Gesicht Nesselrodes bei diesem Befehle vorstellen, insbesondere als er erfuhr, daß hinter der Milde des Zaren die Königin Olga steckte! — Nun ist sie, fast vierzig Jahre später, der Friedensengel in dem französisch-deutschen Bilderstreit geworden. Quod Deus bene vertat.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 12. März. Die „Hamb. Nachr.“ melden aus Friedrichsruhe vom 11. März: Heute Mittag ist der General Graf v. Waldersee zum Besuche des Fürsten Bis mar c k hier eingetroffen und von dem Fürsten persönlich auf dem Bahnhofe empfangen worden. Nachmittags unternahm der Fürst und sein Gast eine gemeinsame Spazierfahrt in den Sachsenwald. Nach dem gemeinsamen Mittagmahl um 6 Uhr trat Graf Waldersee um 9 Uhr die Rückreise an.

Bonn, 12. März. Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe mit Gemahlin trafen heute Mittag 1 Uhr hieselbst ein und hielten ihren Einzug in die festlich geschmückte Stadt. Der Oberbürgermeister hieß das prinzipale Paar willkommen und bot demselben in Rheinwein-gefülltem Pokal den Festtrunk. Die Offiziere des Königs-Husaren-Regiments und des Infanterie-Regiments Nr. 28 waren gleichfalls zur Begrüßung erschienen, ebenso Vertreter der studentischen Korps.

München, 12. März. Der Landesfestzug anlässlich des 70. Geburtstages des Prinzregenten verlief auf das Glänzende. An demselben nahmen etwa 4000 Personen Theil mit fast 400 Fahnen. Im Zuge befanden sich außerdem 100 reich verzierte Equipagen und 20 Musikkorps, sowie ebenso viele mit landwirthschaftlichen Emblemen malerisch ausgestattete Wagen mit hundertern der originellsten Volkstrachten aus dem gesamten Lande. Die Landesdeputation und Vertreter der Städte begaben sich in das Residenzschloß, um ihre Glückwünsche und Geschenke darzubringen, welche der Prinzregent freundlichst entgegennahm.

München, 12. März. Der hiesige russische Gesandte überbrachte gestern dem Prinzregenten anlässlich seines siebenzigsten Geburtstages den russischen St. Andreasorden. Der Prinzregent beantwortete die Festadresse der gesammten Bischöfe und des protestantischen Oberkonsistoriums durch längere Dankschreiben. Abends hörte derselbe den Zapfenstreich der Garnison der Residenz; heute fand um 8 Uhr Morgens Empfang und Entgegennahme der Glückwünsche der Prinzen und Prinzessinnen statt.

Wien, 12. März. Die voraussichtliche Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses ist folgende: 110 Deutsch-Liberale, 18 Deutsch-Nationale, 57 Polen, 8 Ruthenen, 36 Jungtschechen, 13 mährische und keinem Klub angehörige Tschechen, 31 katholisch-konservative, 23 Slovenen und Serbokroaten, 8 Mitglieder des Coroniniklub, 18 Mitglieder des konservativen böhmischen Adels, 5 Mitglieder der mährischen Mittelpartei, 9 Italiener, 2 Deutsch-konservative, 13 Antisemiten, 2 Rumänen. Es fehlen noch die Wahlen von Dalmatien und vier Stichwahlen in Böhmen.

Newyork, 12. März. Die Zeitung „World“ bespricht den Vorschlag des Staatssekretärs Blaine, die Frage der Fischerei im Behringsmeer einem Schiedsgericht zu unterbreiten und bemerkt dabei, die hauptsächlichsten, dem Schiedsrichter zur Entscheidung vorzulegenden Fragen würden von den Bevollmächtigten Englands, Rußlands und der Vereinigten Staaten redigirt werden. Die Entscheidung werde man demjenigen Staate übertragen, welcher keinerlei maritime Interessen in dieser Frage habe, wahrscheinlich der Schweiz.

Berlin, 13. März. Der Papst spendete Windthorst telegraphisch seinen Segen. Kardinal Rampolla fügte die besten Wünsche für seine Wiedergenesung bei.

Angekommene Fremde.

Posen, 13. März.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Oberstlieutenant v. Hiller mit Frau und Bedien. aus Posen, die Rittergutsbesitzer Graf Grubzinski aus Draggowo, v. Breza und Frau aus Węskowice, Rennau aus Kamierz, Privatier Sondermann und Frau aus Dresden, Generaldirektor Rohrbach aus Berlin, Ingenieur Fölsche aus Halle, Fabrikant Klapstein aus Aachen, die Kaufleute Jahnert aus Berlin, Goldbeck aus Mainz, Säubling aus Hamburg, Kirchfeld aus Kassel, Weiß aus Temesvár, Starke aus Mainz, Girich aus Halberstadt, Cohn aus Woldenberg.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Graf Vacti aus Lipnica, Chlapowski aus Lutyn, Moszczeniski aus Kolibiel, Strzembowski aus Wechlin, Poninski aus Chornyn, Garczynski aus Swierkowo, die Kaufleute Lehmann aus Berlin, Borchardt aus Leipzig, Eigentümer Dolatowski aus Radomin.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Gutsbesitzer Gebinski aus Gegelick, v. Bieganski aus Ludowa, die Kaufleute Schrader und Brömstrup aus Berlin, die Architekten Göbel und Borchardt aus Berlin, Maurermeister Tremer aus Berlin, Rittergutsbesitzer v. Silbersty aus Zakrzewo.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Rittergutsbesitzer Hauptmann Berger aus Zembowo, Silber aus Wola, Carrazin und Frau aus Enieckia, Ingenieur Luedike aus Werder, die Kaufleute Streubel aus Rotbus, Hofmann und Schmidt aus

Hamburg, Seidler aus Königsberg, Edert aus Dresden, Blaut aus Aachen, Harner, Sandmann und Kroff aus Berlin, Ellan aus Krefeld, Hofmeister aus Glogau, Koch aus Odenkirchen, Gotschmann aus Grünberg, Abraham und Frau aus Berlin, Jungblut aus Berlin, Spiegel aus London, Büchler aus Breslau, Rittergutsbesitzer Hoffmann aus Purow.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Die Rittergutsbesitzer Szymanski aus Bielawy, von Tufolla und Frau aus Marcinkowo Dolne, von Chelmiecki aus Zydowo, von Gutowski aus Janomowo und von Niegolewski aus Niegolewo, Gutsächter Niesiolowski aus Scharb, die Brüder Krzyzanowski aus Kamieniec, Fabisz aus Boruszyn, Koft aus Goraj und Zmudzinski aus Michorzewo, die Kaufleute Ziotecki aus Breschen und von Buttlar aus Stettin, Student von Niegolewski aus Leipzig und Gutsächter Konieczny aus Grodziska.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Die Kaufleute Knitsch und Weiß aus Breslau, Gottbills aus Krojanke, Raptali aus Bromberg und Müller aus Babenhäusen, Fabrikbes. Wutte aus Breslau, Bürger Wolstein aus Lissa, Gutsächter Eichocki aus Rogasen und Ingenieur Krzywojanski aus Klon.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Wohlmann aus Dresden, Heinrich aus Görlitz, Gähler aus Breg, Pilz aus Glas, Caux aus München, Stumpf und Staniel aus Breslau, Hillebrand aus Bremen, Müller aus Berlin, Küster aus Gogolin und Lehrer Gotter aus Obornitz.

Hotel Bellevue (H. Goldbach). Die Kaufleute Brothaus aus Myslowitz, Volten aus Aachen, Jasz mit Frau aus Ostrowo, Härter, Tschiersky und Neustätter aus Breslau, Pelz aus Schwerin, Baenich aus Stettin und Rentier v. Krzyzanowski aus Gnesen.

Theodor Jahn's Hotel garni. Die Kaufleute Spalbing und Brieger aus Berlin, Fischer aus Frankfurt, Schwarz aus Stettin, Krähahn aus Danzig, Jasielski aus Łajsczyn, Nadelmann aus Posen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1891.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. i. F.
12. Nachm. 2	750,1	W frisch	bedeckt	+ 8,4
12. Abends 9	753,4	W leicht	heiter	+ 4,0
13. Morgs. 7	756,0	=	zieml. heit.)	+ 0,4

1) Früh Nebel und Reif.

Am 12. März Wärme-Maximum + 9,2° Cels.
Am 12. = Wärme-Minimum - 4,0° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 12. März Morgens 4,84 Meter.
= 12. = Mittags 4,92 =
= 13. = Morgens 5,27 =

In Folge Ueberschwemmung befindet sich mein Comtoir und Lager **Vindenstr. 3.**

Adolf Baszynski.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 12. März. Schwach. 3 1/2 %ige L.-Pfandbriefe 97,60, 4 %ige ungarische Goldrente 92,50, Konsolidirte Türken 19,10, Türkische Loose 79,75, Breslauer Diskontobank 105,50, Breslauer Wechselbank 102,75, Schlesischer Bankverein 121,50, Kreditaktien 174,25, Donnersmarkt 84,00, Oberschlesische Eisenbahn 71,00, Oppelner Zement 98,50, Kramsta —, Laurahütte 124,60, Verein. Delfabr. 106,75, Oesterreichische Banknoten 177,35, Russische Banknoten 239,50.

Schlei. Diskontaktien 190,00, Oberschles. Portland-Zement 108,75, Archimedes —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 127,50, Flöther Maschinenbau 111,00.

Frankfurt a. M., 12. März. (Schluß). Schwach. Lomb. Wechsel 20,375, 4proz. Reichsanleihe 106,55, 3proz. 86,00, österr. Silberrente 81,50, 4proz. Papierrente 81,70, do. 5proz. 90,50, do. 4proz. Goldrente 97,70, 1860er Loose 125,70, 4proz. ungar. Goldrente 92,60, Italiener 94,10, 1880er Russen 99,00, 2. Orientanl. 76,10, 3. Orientanl. 76,70, unifiz. Egypter 97,80, 3 1/2proz. Egypter 93,80, konv. Türken 19,00, 4proz. türk. Anl. 85,20, 3proz. portug. Anl. 56,60, 5proz. serb. Rente 91,20, 5proz. amort. Rumänier 99,60, 6proz. toni. Mexik. 87,00, Böhm. Westb. 304,75, Böhm. Nordbahn 180 1/2, Zentral-Pacifik 109,20, Franzosen 217, Galizier 188, Gotthardbahn 153,10, Seif. Ludwigsl. 115,20, Lombarden 113 1/2, Lübeck-Büchen 165,50, Nordwestb. 190 1/2, Kreditakt. 270 1/2, Darmstädter 148,10, Mittell. Kredit 107,00, Reichsb. 141,40, Diskontobank 203,30, Dresdner Bank 152,80.

Coul. Bergwerksaktien 90,00, Privatdiskont 2 1/2 Proz. **Wien, 12. März.** Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 355,25, österr. Kreditaktien 307,62, Franzosen 245,90, Lombarden 129,50, Galizier 213,00, Nordwestbahn 216,00, Elbethalbahn 222,25, österr. Papierrente 92,25, do. Goldrente 110,40, 5proz. ung. Papierrente 101,15, 4proz. do. Goldrente 104,80, Marknoten 56,52 1/2, Napoleons 9,14, Bankverein 117,50, Tabaksaktien 155,00, Alpine Montan 95,50, Unionbank 246,75, Vöndorferbank 220,25, Feit.

Paris, 12. März. (Schluß). 3 1/2 % amort. Rente 95,25, 4 1/2 % proz. Anl. 105,20, Italien. 5 % Rente 94,72 1/2, österr. Goldrente 99, 4 % ungar. Goldr. 92,87 1/2, 3. Orient-Anl. 78,12 1/2, 4 % Russen 1880 —, Egypter 495,00, konvert. Türken 19,65, Türkenloose 77,60, Lombarden 305,00, do. Prioritäten 341,25, Banque Ottomane 625,00, Panama 5 proz. Obligat. 31,25, Rio Tinto 571,25, Tabaksaktien 348,00, Träge, unentchieden.

London, 12. März. (Schlußkurse). Rußl. Engl. 2 1/2 % prozent. Consols 97 1/2, Preuß. 4 proz. Consols 104, Italien. 5proz. Rente 93 1/2, Lombarden 12, 4proz. 1889 Russen (H. Serie) 99 1/2, konv. Türken 19 1/2, österr. Silberrente 81, österr. Goldrente 98, 4proz. ungarische Goldrente 91 1/2, 4proz. Spanier 76 1/2, 3 1/2proz. Egypter 93 1/2, 4proz. unifiz. Egypter 98, 3proz. gar. Egypter 100 1/2, 4 1/2proz. Trib.-Anl. 99, 6proz. Mexik. 88 1/2, Ottomanbank 14 1/2, Suezaktien 96 1/2, Canada Pacific 78, De Beers neue 15 1/2, Platinadiskont 2 1/2.

Rio Tinto 22 1/2, 4 1/2proz. Rupees 77 1/2, Argentin. 5proz. Goldanleihe von 1886 72 1/2, Argentin. 4 1/2proz. äußere Goldanleihe 52 1/2, Neue 3proz. Reichsanleihe 83 1/2, Silber 45 1/2.

In die Bank flossen heute 32 000 Pf. Sterl. Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,56, Wien 11,66, Paris 25,46, Petersburg 27 1/2.

Produkten-Kurse.

Köln, 12. März. Getreidemarkt. Weizen hiesiger Loto 21,50, do. fremder Loto 23,00, per März 21,50, per Mai 22,05. Roggen hiesiger Loto 18,00, fremder Loto 20,25, per März —, per Mai 18,95. Hafer hiesiger Loto 16,75, fremder 17,00. Rüböl Loto 63,50, per Mai 62,90, per Oktober 64,50.

Hamburg, 12. März. Getreidemarkt. Weizen Loto fest, polnischer Loto neuer 194—202. Roggen Loto fest, mecklen-

